

Luzern, 6. Mai 2020

Einschreiben
Schweizerische Bundeskanzlei
Bundeshaus West
3003 Bern

Für unsere Grundrechte

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler

Unter der Coronakrise leiden Bevölkerung, Land, Wirtschaft und die Demokratie in nie dagewesenem Ausmass. Heute gelangen deshalb zehn Initiativkomitees mit der dringlichen Bitte an Sie, geschätzter Herr Bundeskanzler, uns in der Ausübung und dem Schutz der verfassungsmässigen demokratischen Grundrechte zu unterstützen. Wie wir Ihnen nachfolgend schildern werden, ist die Lage sehr ernst. Nur gemeinsam können wir nun noch bleibenden Schaden an der Demokratie abwenden.

Bereits in den Wochen vor der Sistierung der Sammelfrist war das Sammeln von Unterschriften nur noch in stark erschwerter Form möglich, ja beinahe undurchführbar. Die Unsicherheit war sehr gross. Wertvolle Zeit, gesetzliche Sammelfristen einzuhalten, ging verloren. Wie die Bundeskanzlei kommuniziert hat, darf ab dem 1. Juni erfreulicherweise wieder gesammelt werden. Zahlreiche offene Fragen und in absehbarer Zeit nicht endende Hindernisse verunmöglichen allerdings eine rasche Rückkehr zur Normalität:

- Mittlere und grössere Anlässe, beispielsweise Partei- und Vereinsversammlungen, an welchen erfahrungsgemäss ein Grossteil der Unterschriften gesammelt werden kann, sind nach wie vor verboten.
- Standaktionen auf der Strasse können, wenn überhaupt, nur unter erschwerten Bedingungen durchgeführt werden. Ist es zu verantworten, während einer Pandemie mit einem Klemmbrett in den Händen Passanten anzusprechen?
- Es fehlt ein offizielles Sicherheitskonzept, das eine allfällige Maskentragpflicht oder Pflicht zur Desinfektion von Kugelschreibern regelt. Die Initiativkomitees stehen im luftleeren Raum, da sie nicht wissen, wie Unterschriftensammlerinnen und -sammler zu instruieren sind, um die Schutz- und Sicherheitsmassnahmen des Bundes zu berücksichtigen.

In Übereinstimmung mit dem Bundesrat und den Bundesbehörden erachten es wir, die unterzeichnenden Vertreterinnen und Vertreter der Initiativkomitees sowie National- und Ständeräte, als unverantwortbar, nicht absolut notwendigen menschlichen Kontakt im öffentlichen Raum zu suchen.

Es bedarf keiner besonderen Fantasie, um vorauszusehen, dass ein Grossteil der Bevölkerung gegenüber Unterschriftensammlern, die sie auf der Strasse ansprechen, in den nächsten Wochen und Monaten skeptisch bis strikt ablehnend reagieren wird. In Anbetracht des geltenden Notrechts ist diese Haltung auch absolut verständlich. Die Gesundheit der Bevölkerung hat oberste Priorität. Es kann von den Initiativkomitees nicht erwartet werden, Menschen zu verunsichern oder gar zu gefährden.

Selbst wenn eine Sprachregelung gefunden wird, auf die sich Unterschriftensammler beziehen können, um zu erklären, dass sie ihrer Tätigkeit nachgehen dürfen: Realistisch betrachtet tendieren die Erfolgsaussichten von Unterschriftensammlungen im öffentlichen Raum gegen Null. Die Menschen sind schliesslich verunsichert und nicht zuletzt aus rechtlicher Sicht bleibt das in den Köpfen verankerte «Social Distancing» bestehen.

Diese Fakten stellen uns vor eine prekäre Ausgangslage: Wie sammeln wir nun die notwendigen Unterschriften? E-Collecting, Versände und weitere Alternativen können die wegfallenden Strassensammlungen niemals ersetzen. Angesichts des Ernsts der Lage, mit dem sich Initiativkomitees aus allen politischen Lagern gleichermassen konfrontiert sehen, bitten wir Sie konkret um folgende Unterstützung:

- Halbierung der Anzahl notwendigen Unterschriften, konkret 50'000 für Volksinitiativen und 25'000 für Referenden; und
- Verlängerung aller Sammelfristen eidgenössischer Volksinitiativen um mindestens 6 Monate; und
- Beilage sämtlicher Unterschriftenbogen laufender eidgenössischer Volksinitiativen in den Abstimmungscouverts zur eidgenössischen Volksabstimmung 27. September 2020.

Uns ist bewusst, dass dies ausserordentliche und neuartige Massnahmen sind. Da wir alle zurzeit eine noch nie dagewesene Krise durchleben, können wir die demokratischen Grundrechte jedoch nur gemeinsam wahren. Ohne Unterstützung der Bundeskanzlei werden diverse Volksinitiativen nicht zu Stande kommen und den «Corona-Tod» erleiden. Das darf nicht passieren!

Wir ersuchen Sie, geschätzter Herr Bundeskanzler, die verfassungsmässigen Grundrechte zu wahren und unserer Bitte nachzukommen. Helfen Sie uns.

Hochachtungsvoll



Nicolas A. Rimoldi, Kampagnenleiter «Für eine sichere und vertrauenswürdige Demokratie (E-Voting-Moratorium)»

Josef Bachmann, Initiant «Für eine generationengerechte Altersvorsorge (Vorsorge JA - aber fair)»

Yvette Estermann, Nationalrätin, Präsidentin «Ja zu steuerfreien AHV- und IV-Renten»

Patrick Eugster, Präsident «Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renteninitiative)»

Felix Hepfer, Präsident Verein «Mobilfunkhaftungs-Initiative»

Hans Moser, Co-Präsident «Neufinanzierung der Pflege – Krankenkassenprämien senken! (Pflegefanzierungs-Initiative)»

Ursula Niggli, Initiantin «Für einen gesundheitsverträglichen und stromsparenden Mobilfunk»

Roland Schöni, Initiativkomitee «Ja zur Abschaffung der Zeitemstellung»

Theres Schöni, Koordinatorin «Ja zu mehr Mitbestimmung der Bevölkerung bei der Kranken- und Unfallversicherung»

Luzi Stamm, Initiant «Hilfe vor Ort im Asylbereich»

Jorgo Ananiadis, Co-Präsident Piratenpartei Schweiz

Pascal Fouquet, Piratenpartei

Hans Fehr, Alt-Nationalrat SVP

Balthasar Glättli, Nationalrat Grüne

Franz Grüter, Nationalrat SVP

Werner Gartenmann, Im Namen der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS)

Matthias P. A. Müller, Präsident Jungfreisinnige Schweiz

Jean Christophe Schwaab, Alt-Nationalrat SP

Claudio Zanetti, Alt-Nationalrat SVP